



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das vergangene Jahr.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das vergangene Jahr.



Das Jahr 1880, dessen letzte Tage wir vor uns sehen, war in politischen Dingen kein Jahr von großer Bedeutung. Weder in der uns zunächst liegenden Welt der innern Fragen des deutschen Reiches noch auf dem Gebiete der Entwicklung der Beziehungen des letztern zu den übrigen Gliedern der Völkerfamilie, noch endlich in Betreff der Angelegenheiten, welche diese unsere nähern oder entferntern Verwandten in erster Linie allein angehen, hat das im Verschwinden begriffene Jahr neue Probleme von besondrer Wichtigkeit gestellt oder alte wesentlich gefördert. Gewiß und selbstverständlich arbeitete der Geist der Geschichte fort, aber geräuschloser als in den nächsten Zeitperioden vorher. Weder eine Revolution noch ein Krieg, der unsere nationalen Interessen in Mitleidenschaft zog, noch entscheidende parlamentarische Kämpfe waren zu verzeichnen. Die Ministerwechsel in Frankreich und England haben bei der Politik, die diesen Staaten durch die Verhältnisse und nicht am wenigsten durch den Einfluß des deutschen Reiches und dessen Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn ebenso wie andern europäischen Großmächten geboten ist, im Großen und Ganzen wenig geändert. Der Friede, der eine kleine Weile bedroht scheinen konnte, blieb erhalten, ja er hat, wenn nicht alles trägt, in den letzten Monaten an Festigkeit gewonnen. Im übrigen war das verstoffene Jahr ein Jahr der Vorbereitung, der wachsenden Erkenntniß und der Klärung.

Blicken wir auf die Ereignisse, die das Jahr 1880 in Deutschland brachte, so erschien das erste derselben als nicht eben friedlichen Charakters. Der dem Grenzboten I. 1881.

Bundesrathe am 22. Januar zugekommene kaiserliche Antrag auf Abänderung des Reichsmilitärgesetzes von 1874 verlangte Erhöhung der Kriegsbereitschaft durch Erweiterung des Rahmens der Armee und durch Vermehrung der Zahl der ausgebildeten Mannschaften. Daß es nicht die Aussicht auf die Erschwerung der Militärlast durch Verstärkung des deutschen Friedensheeres war, wenn auch Verständige durch den Antrag auf einen Augenblick verstimmt und beängstigt wurden, lag auf der Hand; denn nicht ganz 26 000 Mann Soldaten mehr hatten nicht gerade viel zu bedeuten. Aber man fragte sich, wo die Grenze der Rüstungen liege, in welchen die Staaten einander überboten, und man sah diese Grenze nur in absoluter Erschöpfung der finanziellen Mittel. Es klang nicht uneben, wenn es wie ein Axiom hingestellt wurde, wie auf die beiden schlesischen Kriege der siebenjährige gefolgt sei, so werde denen von 1866 und 1870 noch ein Weltkrieg folgen, da die Staaten, die mit der Schöpfung des deutschen Reiches ihre Interessen beeinträchtigt sähen, noch nicht an dessen Festigkeit allen Combinationen gegenüber glaubten. Das Bündniß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn hatte diese Befürchtung wesentlich gemindert. Aber immerhin war davon ein Rest geblieben, und derselbe ist auch jetzt nicht ganz geschwunden, wenn auch die Ereignisse des letzten Jahres die Aussichten auf die Fortdauer friedlichen Einvernehmens der maßgebenden Mächte weiter verstärkt haben. Der Antrag vom 22. Januar ging übrigens im Reichstage wie im Bundesrathe durch, natürlich nicht ohne vorher von den oppositionellen Parteien des erstern lebhaft bekämpft worden zu sein, und der Reichskanzler hatte sich eines neuen großen Erfolges in seiner innern Politik zu erfreuen. Ein schwerer Conflict zwischen der Krone und dem Reichstage hatte wie vor dem Militärgeetze von 1874 gedroht. Wie damals hatte jene, um den Streit ein für allemal loszuwerden, ein eisernes Militärbudget gewünscht, während dieser sein verfassungsmäßiges Bewilligungsrecht zäh festhielt. Das letzte Mal fand der Kanzler aus diesem Dilemma einen Ausweg durch Verstärkung der Armee, die dort als Aequivalent befriedigte, und hier annehmbarer befunden wurde als ein Verzicht auf jenes Recht.

Auch das Socialistengesetz ging trotz des Widerspruchs der liberalen Doctrinäre im Reichstage durch. Die Hauptaufgabe des Reichstags in der zweiten Hälfte der Session, welche in der Verathung der neuen Steuer-Gesegentwürfe bestand, blieb unerledigt, und so wird sie die Reichstagsabgeordneten in diesem Jahre von neuem beschäftigen. Dem Fürst Bismarck wird seinen Plan, die indirecten Einnahmen des Reichs auf eine Höhe zu bringen, welche Beseitigung der Klassen-, Beschränkung der Einkommen- und gänzliche oder theilweise Ueberlassung der Grundsteuer an die Gemeinden ermöglicht, nicht fallen lassen, und wenn die Mehrheit der Volksvertretung ihm die zu jenem Zwecke vorgeschlagenen und noch

vorzuschlagenden indirecten Steuern nicht bewilligt, so wird sicher auf das Tabaksmopol zurückgegriffen werden, welches nichts weniger als eine wirthschaftliche Unmöglichkeit ist, und dessen Ertrag allein hinreichen würde, das Problem der deutschen Steuerreform vollständig der Lösung entgegenzuführen.

Eine wichtige Episode in diesem Zusammenhange bildete am 6. April das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers, welches durch einen Vorgang bei der Berathung der Stempelsteuer auf Quittungen veranlaßt, aber vom Kaiser nicht angenommen wurde. Diese Krisis hatte ihre Ursachen nicht allein im Verhalten von Vertretern nichtpreussischer Regierungen bei der Berathung der Besteuerung von Quittungen über Postvorschüsse und Postanweisungen, sondern zugleich im Benehmen hoher preussischer Beamten bei dieser Gelegenheit. Der Kanzler dachte dabei nicht an die Herbeiführung einer Verfassungsänderung, sondern an eine Verbesserung der Geschäftsordnung des Bundesrathes, d. h. an eine Verlegung der Vorverhandlungen über die Gegenstände aus den Ausschüssen ins Plenum, wodurch verhindert werden sollte und nunmehr auch verhindert ist, daß, wie bisher, Stockungen und Mißverhältnisse in den Abstimmungen eintreten.

Von größter Bedeutung war die Wendung, welche der sogenannte Culturkampf in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres nahm. Zwischen der preussischen Regierung und Vertretern des Papstes war bereits seit längerer Zeit über eine Verständigung betreffs der Maigesetze verhandelt worden. Diese Verhandlungen waren wegen zu weit gehender Ansprüche der Curie ohne Erfolg gewesen und von preussischer Seite abgebrochen worden. Da veröffentlichte plötzlich am 15. März die „Germania“ ein Breve des Papstes an einen der abgesetzten Bischöfe, in welchem derselbe den Kernpunkt der Maigesetzgebung, die Pflicht der Bischöfe, der Regierung die von ihnen zu berufenden Priester anzuzeigen, bewilligen zu können erklärte. Diese Erklärung war aber so unbestimmt gehalten, daß man sofort erkennen mußte, sie habe nur den Zweck, die Politik der Curie vor der Welt und namentlich vor den Katholiken als zum Frieden geneigt erscheinen zu lassen. Ernstlich dachte man, wie die später veröffentlichten Verhandlungen zwischen den preussischen und den päpstlichen Bevollmächtigten mit voller Klarheit darthaten, im Vatican nicht an Nachgeben. Es folgte nun der Staatsministerialbeschuß vom 17. März, der dahin ging, die Regierung werde sich bestreben, von der Landesvertretung Vollmachten zu milderer Anwendung der Maigesetze zu erlangen, sobald den Absichten des Papstes durch thatsächliche Befolgung der Anzeigepflicht seitens der katholischen Geistlichkeit praktisch Folge gegeben worden sei. Dieser Beschuß wurde aber von der Curie mißfällig aufgenommen, und dieselbe fand sich schließlich bewogen, die im Breve vom 24. Februar ertheilte Zusage zurückzunehmen. Sie

hatte eben nichts bestimmtes bieten und dafür wo möglich die Beseitigung der Maigesetzgebung in allen wesentlichen Punkten erreichen wollen. Hierauf erschien der Erlaß des Reichskanzlers vom 20. April, in welchem er erklärte, daß er bei den Verhandlungen mit Rom niemals an eine Abschaffung oder eine Abänderung der Maigesetze nach den Ansprüchen des Vaticanus gedacht und als erreichbar nur einen *modus vivendi* angesehen habe, der durch gewisse Concessionen herbeizuführen versucht werden sollte, wenn römischerseits dafür zu gleicher Zeit und Schritt für Schritt Zugeständnisse gemacht würden. Als sich endlich keine Aussicht auf letztere zeigte, kündigte eine Veröffentlichung vom 14. Mai an, die preussische Regierung werde aus eigener Initiative ohne vorhergehende Zugeständnisse des Papstes bei den gesetzgebenden Factoren diejenigen Milderungen der Maigesetze beantragen, welche mit den unveräußerlichen Rechten des Staates verträglich seien.

Dieser Darlegung der neuen Stellung des Kanzlers zur katholischen Kirche in Preußen entsprach dann die Vorlage, welche die Regierung dem Abgeordnetenhaus in Bezug auf die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze zugehen ließ. Sie war das Resultat eines freien Entschlusses und weder von Rom her angeregt, mit dem die Verhandlungen vielmehr abgebrochen worden waren, noch aus dem Drängen gewisser hochstehenden Persönlichkeiten in Berlin hervorgegangen, deren starkes Friedensbedürfniß allerdings bisweilen unbequem sich geltend gemacht hatte, sondern lediglich Ergebnis der Einsicht, daß etwas geschehen müsse, um der durch einzelne Bestimmungen der Maigesetze einerseits und die Hartnäckigkeit der Curie andererseits herbeigeführten Nothlage der preussischen Katholiken, soweit möglich, d. h. ohne Beeinträchtigung der Würde und der Interessen des Staates abzuhelpen. Sie gab keinerlei Schwankung in der Auffassung von der Souveränität der Gesetze kund, und kein Grundpfeiler der kirchenpolitischen Gesetzgebung wurde von ihr berührt. Sah sie in einigen Paragraphen wie zu große Nachgiebigkeit gegen die ultramontanen Ansprüche aus, so war dies Augentäuschung. Nach wie vor stand fest, daß man nicht mit Rom zu pactieren gesonnen war, sondern das Ziel im Auge hatte, selbständig mit den preussischen Katholiken zu einem Einvernehmen zu gelangen, welches milde Handhabung der Maigesetze durch die Krone gestattete. Wenn Bischöfe mit der Miene des Triumphators wieder einzogen, so war dagegen wenig einzuwenden. Sie erkannten damit an, daß ihnen viel gewährt war; aber wenn sie sich dann nicht mit der Regierung stellten, so hatte diese ja die discretionäre Gewalt, mit ihnen zu verfahren, wie Rechtsens, d. h. sie wieder zu entfernen aus der Amtsthätigkeit, die sie in ungebührlicher Weise ausüben wollten. Daß die liberale Opposition gegen die Vorlage dies und anderes nicht begriff, könnte Wunder nehmen, wenn man nicht wüßte, daß die Herren

viel mehr Juristen als Politiker sind, und daß ihre Vorstellungen vom Parlamentarismus und ihr leidiger Fraktionsgeist sie weiter verblenden. Sie wollten keine discretionäre Gewalt für die Regierung, weil dies ihrer Ansicht nach jener eine Macht verlieh, die nicht zu dem von ihnen erstrebten Einflusse auf die Verwaltung des Staates stimmte, und sie fürchteten, daß eine Befriedigung der Katholiken innerhalb gewisser Grenzen der Regierung einen Theil des Centrums zuführen und diese dann zu stark für die Kräfte und Bestrebungen des Liberalismus werden würde. In letztem täuschten sie sich. Das Centrum opponierte ebenfalls, es wollte keine Abschlagszahlung, sondern das Ganze, und es würde auch mit der Beseitigung der Maigesetze nicht zufrieden gewesen sein; denn es ist nur scheinbar eine kirchliche, in Wahrheit eine politische Partei, die sich in ihrer Mehrzahl gegen die Schöpfung eines deutschen Reiches auflehnt, welches unter der Hegemonie der protestantischen Hohenzollern steht. Sie konnten nach dem Mandate, das ihnen ihre katholischen Wähler ertheilt hatten, anfangs mehr verlangen, als die Vorlage gewährte, aber sie mußten sich, soweit die Conservativen dazu nicht zu haben waren, mit dem, was diese zugestehen wollten, begnügen und den Gesetzentwurf als immerhin nützlich acceptieren. Statt dessen verhielten sie sich von vornherein feindlich und blieben so bis zur letzten Lesung, aus welcher die Vorlage stark abgeschwächt hervorging.

Wieder viel Staub wurde aufgewirbelt, als die preussische Regierung im Bundesrath die Einfügung Altonas mit der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet des Reiches beantragte. Ein großer Theil der liberalen Presse und die Freihändler mit ihrem Schweife machten sofort ein entschieden particularistisches Gesicht und erklärten den Antrag für eine himmelschreiende Vergewaltigung Hamburgs, das ohne Altona nicht Freihafen bleiben würde, und zugleich für eine Verletzung des Artikels der Verfassung, welche den Hansestädten ihre Freihafenstellung sichere. Man sah nicht oder wollte nicht sehen, daß jener Artikel den Hamburgern und Bremern nicht sowohl einen Bezirk von der oder jener Ausdehnung und Lage als Freihafengebiet zugewiesen, sondern nur einen den Zwecken der Freihafenstellung überhaupt entsprechenden Bezirk zugesichert hat, und daß die Bestimmung desselben einzig und allein Sache des Bundesrathes ist. Im übrigen steht fest, daß Preußen keinerlei Verpflichtung hat, zu Gunsten Hamburgs darauf zu verzichten, Altona in einen Zollvereinshafen umzuschaffen, der für den wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches von hoher Bedeutung werden würde und geradezu unentbehrlich für den Export Deutschlands nach fremden Ländern ist. Wird Hamburg dadurch beeinträchtigt, so mag es selbst in das Zollgebiet Deutschlands eintreten. Auf die Dauer wird es, seit wir das System mäßiger Schutzzölle adoptiert haben, mit der Freihafenstellung der beiden Hansestädte doch nicht gehen. Es ist wider

die Natur, solche fremde Körper in unserer Mitte noch viel länger zu dulden, und assimilieren sie sich nicht, so wird man Schritte thun müssen, dies, soweit die Verfassung es gestattet, auf anderm Wege herbeizuführen.

Nachdem die Parlamentarier in die sommerlichen Ferien gegangen, machte ein Vorgang auf dem Gebiete des Parteilebens von sich reden, der von vielen lange erwartet, von andern für nicht gut möglich gehalten worden war. Die nationalliberale Partei, genauer die nationalliberale Fraction, zerfiel, ihr linker Flügel zerschnitt durch eine Erklärung vom 30. August den locker gewordenen Zusammenhang mit dem rechten, und wir gelangten in den Besitz eines neuen parlamentarischen Corps. Die „liberale“ Partei, die mit dem genannten Manifeste geschaffen werden sollte, beschäftigte — in Ermangelung von wichtigerem — die öffentliche Meinung, soweit dieselbe sich überhaupt um Parteibildung und Partei-Manöver kümmert, einige Wochen ziemlich lebhaft. Die Führer der Secession, größtentheils Preußen aus den alten Provinzen, hatten bisher als große Lichter bei den Redekämpfen der Parlamente gegläntzt, und es hatte kaum eine Verhandlung von Bedeutung gegeben, bei der sie nicht erst auf der Tribüne, dann in den Spalten der Zeitungen eine hervorragende Rolle gespielt und von denen, die ihres Glaubens waren, reichlich das Lob gesinnungstüchtiger Redefertigkeit eingeheimst hatten. Fragte man aber jetzt nach dem, was sie bezweckten, so war die Antwort nicht leicht zu finden. Sie wollen, wie es scheint, Fisch und Vogel, Feuer und Wasser sein. Sie gedenken in den nächstliegenden und wesentlichsten Fragen nicht mit dem Reichskanzler zu gehen, aber auch nicht mit der fortschrittlichen Opposition, deren Maxime Widerspruch unter allen Umständen ist, und deren Vorkämpfer und Rufer im Streite, Herr Eugen Richter, nicht müde wird, mit Stentorstimme unter verschiedenen Variationen sein „Weg mit Bismarck!“ in die Welt hinauszuschreien. In der auswärtigen Politik ist der Fürst ihnen ein großer Mann, ein Genie, fast ein Heros, in der innern nicht, da wissen sie es besser, da hat er nichts als Mißgriffe gemacht, da muß ihm der Weg vertreten und das Leben nach Kräften sauer gemacht werden. Hier ist man, einerlei, was man ihm als dem Regenerator Deutschlands zu danken hat, vollkommen eines Herzens und eines Sinnes mit den Myrmidonen des Fortschritts, und selbst die Mittel, die man anwendete, die Redeweise, deren man sich bediente, waren von denen, die jene charakterisierten, nicht wesentlich verschieden. Man sprach und schrieb, um dem Kanzler Niederlagen zu bereiten, um ihn müde und mürbe zu machen, und dabei hatte man die Stirn, sich zu rühmen, man habe ihn unterstützt. Sah man sich die 28 Secessionisten näher an, so gehörte ein Theil derselben zu den wohlmeinenden, aber weder klarschenden, noch energischen Geistern, die an die Möglichkeit einer Politik glaubten, welche durch die Parole Bismarck-Delbrück und Bismarck-Fall bezeichnet wird. Dazu hatten sich Leute

gefelt, die nicht ohne Mandat existieren können, an Wiederwahl denken und zu diesem Zwecke, da die Mehrzahl der Wähler aus kleinen Leuten besteht, von Tage zu Tage lauter und entschiedener für das „große und segensreiche Princip der directen Besteuerung“, für „die Interessen der niedern Klassen“, für „die Entlastung der Armen und die progressive Heranziehung der großen fundierten Vermögen“ die Stimme erheben. Der Rest der neuen Fraction endlich setzte sich aus Herren zusammen, die einst volkswirthschaftliche Autoritäten, Generalpächter der öffentlichen Meinung in nationalökonomischen Angelegenheiten, freihändlerische Apostel und Evangelisten gewesen waren und jetzt in Verbitterung und Verstimmung hinbrüteten, weil der Kanzler und mit ihm, wie die letzten Wahlen bewiesen hatten, die Mehrheit der Mandatgeber sich von ihrem Evangelium abgewendet, einen andern Weg in Zoll- und Steuerfragen betreten und die bis dahin mit ihrer Doctrin und Organisation alles Beherrschenden in eine Lage versetzt, wo sie nur noch wenig mehr galten und erreichten. Eine große Bedeutung hatte die Seccession nicht. Die Sonne ist trotz ihrer noch alle Tage im Osten und nicht etwa im Westen aufgegangen, und der Strom der Geschichte ist, wenigstens bis jetzt, in Folge des Ereignisses nicht rascher oder einen andern Weg gelaufen. Im übrigen kann man die Sache vom Standpunkte der Nationalliberalen, die den bisherigen rechten Flügel bildeten, als eine Klärung betrachten und insofern willkommen heißen, wozu allerdings gehören würde, daß man weniger, als man auch hier gewohnt ist, an die numerische Stärke der Fraction, als an die moralische dächte. Die im Verbanne gebliebenen werden, nachdem die Malcontenten gegangen sind, strenger geschlossen sein, sicherer auftreten können und mehr Einfluß gewinnen. Sie sind mit diesem Reinigungsproceß dem Reichskanzler ein gutes Stück näher gerückt. Er kann besser mit ihnen rechnen, nachdem die unsichern Cantonisten, die eigentlich ins Lager der Herren Richter und Virchow gehören, sich von denen abgelöst haben, die mindestens in einigen Hauptfragen gleich ihm ihre Politik nicht durch Doctrinen, sondern durch Thatfachen bestimmen ließen. Der Parlamentarismus, wie ihn die Seccession eingeständnermaßen erstrebt, ist nichts für die deutschen Verhältnisse. Wir besitzen keine festen Parteien. Wir haben ein Wahlgeseß, welches, wenn der Schwerpunkt des politischen Lebens nicht in der Monarchie und der Regierung läge, zur Desorganisation des Staates führen würde. Wenn in England die Regierung aus einer der beiden großen Parteien hervorgeht, welche die ihre Grundsätze vertretenden Minister unter allen Umständen unterstützt, so haben wir mindestens drei Parteien und darunter das Centrum, dem es nicht um das Wohl des Staates, sondern um Schwächung und Beugung desselben unter Rom zu thun ist. So ist der Kanzler, der weder liberal noch conservativ getauft und confirmiert ist, selbstverständlich genöthigt,

sich über die Parteien zu stellen und sich die Majorität von Fall zu Fall zuzufinden, wo sie zu finden ist. Sodann aber kann ein nüchternes Auge unmöglich verkennen, daß eine Persönlichkeit von dem genialen Blicke und der gewaltigen Energie des Fürsten Bismarck nicht in den Rahmen eines für gewöhnliche Portefeuille-träger, für Leute, die das Parlament für sich denken lassen, gezimmerten constitutionellen Systems paßt, daß er vielmehr eine historisch gewordene Macht repräsentiert, der man sich so weit als irgend möglich anzuschließen und unterzuordnen hat. Die Herren von der „großen liberalen Partei“ — groß bis jetzt nur auf dem Papiere — begriffen dies einst und handelten darnach gleich denen, welchen sie nunmehr den Rücken gewandt haben. Sie schlossen wie diese Compromisse, und sie hatten es nicht zu bereuen; denn nur durch verständige Nachgiebigkeit erreichte die nationalliberale Mittelpartei die ihr werthvollen Reformen, die sie in Gemeinschaft mit dem Fürsten durchsetzte. Aber seit 1877 ist dies wesentlich anders geworden, und als der Reichskanzler erkennen mußte, daß die Nationalliberalen immer weniger Neigung kundgaben, mit den gemäßigten Conservativen seine Partei zu sein, war es natürlich, daß er sich Unterstützung für seine Pläne in andern Lagern suchte; und daß die Herren, die jetzt das Nationale nicht mehr betonen und bloß noch Liberale sein wollen, dies übel empfanden, begreift sich ebenfalls. Wer hüßt gern an Macht und Einfluß ein? Aber für die Wähler dieser Politiker existiert das Bedürfniß von Parteigrößen nicht. Wenn die Achtundzwanzig von den neuen Wahlen ein Additionsexempel erhofften, so kann es leicht ein Subtractionsexempel geben. Die Ultraliberalen wußten davon ein Lied zu singen, die Fortschrittler gleichermaßen, und die Nationalliberalen waren auch schon zahlreicher als in der letzten Periode. Der Instinkt des Volkes ist nun einmal zuweilen klüger als die Fraktionsweisheit seiner Vertreter.

Die Herbstsession des preußischen Landtags hatte wenig, was der Erwähnung in einem Berichte, der nur der Hauptsachen gedenken soll, werth wäre. Die Interpellation der Fortschrittspartei in Betreff der Stellung der Regierung zu der Antisemiten-Petition war kein glücklicher Gedanke und hat der Bewegung gegen die Juden keineswegs ein Ende gemacht. Im Gegentheile, die letztere ist damit nur mehr in die Doffentlichkeit getreten und in weitere Kreise gedringt. Auch waren die Redner, welche die Sache Israels führten, mit ihren Argumenten aus dem alten Eisen, denen, welche die gegentheilige Ansicht vertraten und dabei ins Leben, in die Thatfachen griffen, durchaus nicht überlegen. Die Berathung des Kultusetats führte, wie hergebracht, wieder zu einer großen Kulturkampsdebatte, die indeß nicht viel Neues zu Tage förderte. Der conservative Kultusminister erfuhr von Seiten des Centrums dieselbe Kritik und hatte dieselben unerfüllbaren Forderungen abzulehnen wie sein liberaler Vorgänger. Erfren-

lich war, daß er letzteres mit aller der Entschiedenheit that, welche seine Stellung zuließ, und daß man von ihm bestätigen hörte, was Eingeweihte immer angenommen hatten, daß nämlich die Regierung auch jetzt nicht daran denkt, die Grundlagen der Maigesetzgebung zu beseitigen, und daß sie auf neue Verhandlungen mit dem Vatican nicht eher wieder einzugehen entschlossen ist, als bis jener wirklich guten Willen zeigt, sich dem, was der Staat verlangen und festhalten muß, ohne Hintergedanken und Einschränkungen anzubequemen.

Durch die Juden- und die Culturkampfdebatte aufgehalten, sind wichtigere Dinge bis zu der Zeit, wo die Abgeordneten ihre Weihnachtsferien antreten, nicht zur Erledigung gelangt. Man hat den Etat bis auf die mit den Steuerfragen zusammenhängenden Theile in zweiter Lesung berathen, und einige andere Gegenstände von Bedeutung sind in den Commissionen des Hauses soweit gefördert, daß sie unmittelbar nach dem Wiederbeginn der Arbeiten zur zweiten Lesung gelangen können. Aber dennoch ist noch ein sehr umfangreiches Material zu bewältigen. In den Commissionen ruhen noch die Verwaltungsvorlagen, von denen das Zuständigkeitsgesetz für das Plenum fertig und die Kreisordnungsnovelle in Angriff genommen ist, während es sich sehr fragt, ob die drei neuen Provinzialordnungen für Posen, Hannover und Schleswig-Holstein in dieser Session noch zu Stande kommen werden. Ferner harren noch der Erledigung die Secundärbahnvorlage, die Vorlage wegen Erhöhung der Lehrerwitwen-Pensionen, das Gesetz über Errichtung von Eisenbahnräthen, das zu wirthschaftlicher Hebung Oberschlesiens bestimmte und das Schlachthausgesetz. Endlich aber wird das Haus sich im neuen Jahre mit dem noch zu erwartenden Steuerreformgesetze zu beschäftigen haben, und hier werden die Parteien besonders hart aneinander gerathen.

Wenden wir uns mit unserm Rückblicke noch einen Moment dem Auslande zu, so waren es vornehmlich drei Fragen, die uns in dem ablaufenden Jahre lebhaft beschäftigten.

In Frankreich trat infolge des auch hier tobenden Culturkampfes, in welchem das Ministerium Freycinet nicht so energisch vorgehen wollte, als Gambetta und seine Partei nicht mit Unrecht wünschten, ein neues Cabinet auf die Bühne, das aber die auswärtige Politik und namentlich die Stellung Frankreichs zu Deutschland nicht änderte und dem Wunsche des Landes nach Erhaltung des Weltfriedens entschieden Rechnung zu tragen bemüht war.

In England mußte infolge des Ausfalls der Wahlen zum Parlamente die conservative Partei einer Combination von Liberalen und Radicalen das Staatsruder überlassen, die in Betreff der türkischen Frage zuerst ziemlich feindselig gegen die Pforte und Oesterreich-Ungarn auftrat und starke Neigung verrieth, sich mit Rußland zu verständigen und die „Befreiung“ der Balkanvölker zu Grenzboten I. 1881.

vollenden, da aber Deutschland und Frankreich für den Plan nicht zu gewinnen waren, gelindere Saiten aufzuziehen für gut fand und im Einvernehmen mit den sämmtlichen übrigen Großmächten wenigstens eins von ihren Anliegen, die Lösung der montenegrinisch-albanesischen Grenzfrage, durch eine gemeinsame Demonstration der Flotten bei Dulcigno ermöglichte. Eine schwere Verlegenheit für das neue Cabinet waren die Zustände in Irland, wo die Landliga Parnells offen auf Umsturz der bestehenden Besitzverhältnisse und im Stillen auf Losreißung von England hinarbeitete. Das liberale Credo der Minister ließ lange nicht an Maßregeln denken, mit denen hier allein zu helfen war. Zuletzt mußte man sich indeß wenigstens zu einem Proceß gegen die Hauptagitatoren und zu einigen militärischen Maßregeln entschließen, mit denen die Angelegenheit in das neue Jahr eintritt.

Die Türkei befindet sich in tiefster Finanznoth, sie wird von dem Pan-slawismus, dem in Bulgarien und Ostrumelien nicht verächtliche Werkzeuge geschaffen worden sind, und vom Ehrgeiz der Griechen bedroht, denen die letzte Berliner Conferenz einen Vorwand zu Ansprüchen auf Thessalien und ein stattliches Stück von Südbanien geliefert hat. Die Griechen rüsten sich zum Kriege, um sich gewaltsam in den Besitz jener türkischen Provinzen zu setzen. Indesß ist zu hoffen, daß die Mächte sich ins Mittel legen werden, und daß es ihnen gelingen wird, beide Parteien zur Mäßigung und zu einem Compromiß zu bewegen. Undernfalls wäre fast mit absoluter Gewißheit vorauszusagen, daß die Hellenen sich einer großen Niederlage aussetzen würden.

In Rußland hat Loris Melikoff einige Besserung der Zustände erzielt, aber im Stillen frisst der Nihilismus, ein natürliches Product der auf allerlei Abwege gerathnen Civilisation des Moskowitertums, weiter um sich, und es ist durchaus nicht sicher, daß nicht nächstens wieder eines jener verabscheuenswerthen Attentate versucht werden wird, welche im vorhergegangenen Jahre mit erschreckender Raschheit aufeinander folgten.

Von unsern übrigen Nachbarn ist nichts zu berichten, was hier einer Erwähnung bedürfte. Doch mag zum Schlusse bemerkt werden, daß das Bündniß des deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn seine Probe bis jetzt aufs beste bestanden hat und auch für die nächste Zukunft ein Segen für beide Theile zu bleiben verspricht.

